

Baurohstoffe fehlen: Rohstoffgewinnung im Infrastruktur-Zukunftsgesetz ins „überragende öffentliche Interesse“ setzen

MIRO fordert die Wiederherstellung der Berücksichtigung „auf Augenhöhe“ und beschleunigte Genehmigungsverfahren für heimische Rohstoffgewinnung

Berlin, 16. März 2026 – Im Vorfeld der öffentlichen Anhörung im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages zum Infrastruktur-Zukunftsgesetz fordert der Bundesverband Mineralische Rohstoffe (MIRO), Gewinnungsflächen zu sichern und die Genehmigungsverfahren für die Gewinnung heimischer Baurohstoffe deutlich zu beschleunigen. Ohne eine verlässliche Rohstoffversorgung drohen zentrale Infrastruktur- und Bauvorhaben ins Stocken zu geraten.

„Wer Infrastruktur bauen und sanieren will, muss auch die Gewinnung der dafür notwendigen Baurohstoffe ermöglichen. Ohne Sand, Kies und Naturstein lassen sich weder Straßen noch Brücken, Schienenwege oder Wohnungen realisieren“, erklärt Susanne Funk aus der MIRO-Geschäftsführung. „Wenn Planungs- und Genehmigungsverfahren für Infrastruktur beschleunigt werden sollen, muss das auch für die Gewinnung der Baurohstoffe gelten.“

Ohne Baurohstoffe keine Infrastruktur

Die Bundesregierung hat im Dezember 2025 den Entwurf des Infrastruktur-Zukunftsgesetzes beschlossen. Ziel ist es, Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und für zentrale Infrastrukturprojekte in den Bereichen Schiene, Straße, Brücken und Wasserstraßen das überragende öffentliche Interesse festzuschreiben. Nach Auffassung von MIRO bleibt dabei jedoch ein zentraler Baustein unberücksichtigt: die Sicherung der dafür benötigten mineralischen Rohstoffe.

Die Versorgung mit Baurohstoffen ist in vielen Regionen bereits heute gefährdet. Darauf weist die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) schon länger hin. Besonders betroffen sind demnach unter anderem die Regionen Dresden, der Großraum Berlin, die Region Köln sowie das mittlere Donautal. Auch am Ober- und am Niederrhein, im Maingebiet sowie in der Mittel-Elbe-Region nimmt die Zahl der Gewinnungsbetriebe ab, weil Anschlussgenehmigungen ausbleiben.

Engpässe bereits heute sichtbar

Auch ein Gutachten von Ernst & Young (EY) aus dem April 2023 kommt zu dem Ergebnis, dass die Versorgungslage bei Sand und Kies bereits seit 2016 regional angespannt ist und die Versorgungsperspektiven für die kommenden Jahrzehnte deutlich gefährdet sein könnten.

„Bezahlbarer Wohnraum, die Sanierung unserer Infrastruktur, der Ausbau erneuerbarer Energien sowie die Versorgung von Industrie und Landwirtschaft mit Gesteinskörnungen stehen auf dem Spiel, wenn die politischen Rahmenbedingungen für die Rohstoffgewinnung nicht verbessert werden“, so Funk.

Überplanung der Lagerstätten verhindern

In der Raumordnung stand die Rohstoffgewinnung bislang gleichrangig neben anderen Belangen. Inzwischen hat sich die Ausgangslage jedoch verändert: Für mehrere Bereiche wurde in den vergangenen Jahren ein überragendes öffentliches Interesse gesetzlich festgeschrieben, etwa für Windkraftanlagen, Telekommunikationsnetze, Geothermie, Wasserstoffinfrastruktur und nun auch für Verkehrswege im Infrastruktur-Zukunftsgesetz.

Aus Sicht von MIRO gerät damit die Sicherung heimischer Baurohstoffe in den Planungsverfahren zunehmend ins Hintertreffen. Der Verband fordert deshalb, auch die Sicherung und Gewinnung von Gesteinsrohstoffen als überragendes öffentliches Interesse im Infrastruktur-Zukunftsgesetz zu verankern.

„Die Rohstoffversorgung ist und bleibt für Bauwirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge unverzichtbar. Der Rohstoffsicherung muss deshalb in den Raumordnungsverfahren wieder ein ausreichendes Gewicht verliehen werden“, sagt Susanne Funk.

Heimische Rohstoffe sichern Infrastruktur, Wohnungsbau und Energiewende

Jährlich werden in Deutschland bis zu 500 Millionen Tonnen mineralischer Rohstoffe benötigt und überwiegend aus heimischen Betrieben geliefert. Damit stellen Gesteinsrohstoffe nach Trinkwasser den zweitgrößten bewegten Stoffstrom in Deutschland dar.

MIRO appelliert daher an den Gesetzgeber, im Zuge der Beratungen zum Infrastruktur-Zukunftsgesetz die Versorgung mit den Gesteinsrohstoffen Sand, Kies, Quarzsand, Schotter und Splitten für die Zukunft zu sichern und die Genehmigungsverfahren für die Gewinnung heimischer Baurohstoffe zu beschleunigen.

Zum Verband: MIRO vertritt auf Bundes- und Europaebene die Interessen der Kies- und Sand-, Quarz- sowie Natursteinindustrie. Der Verband spricht für rund 1.600 Unternehmen mit fast 2.700 Werken in Deutschland, die ca. 22.500 Mitarbeiter beschäftigen. Sie stellen sicher, dass die jährliche Nachfrage nach den mengenmäßig wichtigsten Rohstoffen von etwa 500 Mio. t durch kurze Transportwege verbrauchernah bedient werden kann. Gesteinsrohstoffe wie Kies, Sand und Naturstein werden für die Erstellung von Wohn- und anderen Gebäuden sowie für den Bau und Erhalt von Verkehrswegen benötigt. Produkte aus dem Industriemineral Quarz werden von vielen Industriezweigen nachgefragt. Im wahrsten Sinne des Wortes bilden die Rohstoffe der Gesteinsindustrie die Basis unseres modernen Lebens.

Ansprechpartner für Redaktionen:

Bundesverband Mineralische Rohstoffe e.V. (MIRO)

www.bv-miro.org

Susanne Funk, Geschäftsführerin Politik und Öffentlichkeitsarbeit

funk@bv-miro.org

Tel 030 – 2021 566 22

mobil 0175 699 5498

Sascha Kruchen (Pressearbeit)

kruchen@bv-miro.org

mobil 0171 813 97 99